A1-281 Mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei der Regulierung und Besteuerung von Grund und Boden sowie des Immobilienmarktes

Antragsteller*in: Martin Reents (LAG Planen Bauen Wohnen Stadtentwicklung Berlin)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 281 bis 283 einfügen:
Es ist zu prüfen, welcher Ansatz oder ob eine Kombination verschiedener Ansätze zu den geringsten sozialen, wirtschaftlichen oder haushälterischen Verwerfungen und zu mehr Gerechtigkeit führt. Zugleich muss verhindert werden, dass spekulationsbedingte Steigerungen der Bodenrichtwerte, die derzeit in allen angespannten Wohnungsmärkten beobachtet werden, über die Grundsteuer in das Umfeld weitergegeben werden und in der Folge den Verwertungsdruck auf bestehende Liegenschaften erhöhen.

Begründung

Diese Ergänzung soll noch einmal verdeutlichen, warum wir den (alleinigen) Bezug der Grundsteuer auf den Bodenwert für verfehlt bzw. problematisch halten. In einem wirtschafts- und stadtentwicklungspolitischen Umfeld, in dem spekulative Entwicklungen nicht wirksam gebremst und ausgehebelt werden, wirkt eine an spekulativen Werterwartungen ausgerichtete Grundsteuer als "Transmitter" und Signal für eine fortgesetzte Aufwertung. Theoretisch mag dieser Effekt sogar gewollt sein, faktisch verschärft er soziale Verwerfungen und trägt zur sozialen Entmischung bei.